

Niederschrift Nr. 7 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin: Mittwoch, 23.01.2008
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:20 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Ammersken, Heino

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Grix, Helga
Meinen, Regina
Meyer, Lina
Schulze, Kai-Uwe
Stöhr, Friedrich

für Elfriede Meyer

CDU-Fraktion

Orth, Petra
Schönsee, Carmen

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin

für Rolf Bolinius

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Schild, Walter

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Beratende Mitglieder

Grix, Wilhelm
Hayenga, Klaas
Hollander, Volkmar
Steinmeyer, Elke
Züchner, Hermann

von der Verwaltung

Tempel, Doris
Discus, Gerhard
Kromminga, Engelbert
Szag, Elisabeth
Bierstedt, Hagen
de Boer, Stefan
Esch, Klaus-Michael

Protokollführung

Knochenhauer, Annett

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

2 Vertreter der örtlichen Presse

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Ammersken begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.
Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Ammersken schlägt vor, die Tagesordnungspunkte 5 und 6 zusammen zu beraten.

Einwände werden nicht erhoben.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Gesundheit und Soziales am 21.11.2007

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 6 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses
für Gesundheit und Soziales am 21.11.2007 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Zuschauer sind nicht anwesend.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: 15/0482

Frau Tempel stellt eingangs dar, dass der gesamtstädtische Haushalt von Herrn Erster Stadtrat Lutz bereits vorgestellt worden sei und sie in der heutigen Sitzung das Budget des Fachbereichs 500 darlegen werde. Sie stellt anschließend das Budget des Fachbereichs 500 für das Haushaltsjahr 2008 anhand einer Power-Point-Präsentation vor, die als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Rats- und Bürgerinformationssystem abrufbar ist. Sie teilt im Weiteren mit, dass die ARGE der Stadt Emden, die im Haushaltsjahr 2007 im Finanzbudget ausgewiesen gewesen sei, nunmehr im Fachbereich 500 veranschlagt und mittels eines Produktes dargestellt sei.

Hinsichtlich der für das Jahr 2007 normierten Ziele führt Frau Tempel als Beispiele für die Zielerreichung des ersten Zieles das Projekt „Klasse 2000“ zur Suchtprävention, das nunmehr an fast allen Grundschulen etabliert sei, sowie das Projekt „NEKiB“ an, dem sich auch die Familienbildungsstätte und VHS angeschlossen haben und Fortbildungen für pädagogische Kräfte in den Kindergärten und Schulen anbieten. In Bezug auf das zweite Ziel, so Frau Tempel weiter, seien auf der Grundlage eines Bewertungssystems zwei sog. Selbstbewertungen vorgenommen worden, die Optimierungsansätze in den Bereichen Ziele, Informationen sowie Arbeitsabläufe aufgezeigt haben. Hier seien Arbeitsgruppen eingesetzt worden, deren Arbeit auch im laufenden Jahr fortgesetzt werde. Zum dritten Ziel sei insbesondere die Arbeit der Fachstelle für

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Eingliederungshilfe anzuführen, die erste Wirkungen, u. a. auch finanzieller Art, zeige. So sei zwar ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen, dieses jedoch im höheren Umfang im ambulanten als im stationären Bereich.

Frau Tempel führt weiter aus, dass für das Jahr 2008 mit Mitgliedern dieses Ausschusses sowie Vertreterinnen und Vertreter des Fachbereichs 500 in einem im August 2007 durchgeführten Workshop Ziele mit entsprechenden Leitkennzahlen erarbeitet worden seien. Bezüglich des ersten Zieles legt Frau Tempel ergänzend dar, dass es Ziel sei, die vorhandenen Beratungskapazitäten im Interesse der Bürgerinnen und Bürger an einer Stelle zu vernetzen. Im Rahmen des zweiten Zieles sei festzuhalten, dass im Rahmen der demografischen Entwicklung die Zahl der 1 – 2 Personen-Haushalte ansteige, während die Zahl der größeren Familien abnehme. Damit steige auch der Bedarf an der Inanspruchnahme fremder Hilfen, da der Rückgriff auf Angehörige nicht mehr erfolgen könne. Als mögliche Wohnprojekte kämen z. B. das Mehrgenerationenhaus sowie Seniorenwohngemeinschaften in Betracht. Hinsichtlich des dritten Zieles für 2008 teilt Frau Tempel mit, dass unter ihrer Leitung eine Projektgruppe eine Grundsatzentscheidung zur Aufstellung eines Rahmenplans zur Integration bis Ende April 2008 als Vorlage für den Rat bearbeiten soll. Außerdem soll die Projektgruppe anschließend die Erstellung des Rahmenplans bis 2008 begleiten.

Zum Budget des Fachbereichs für 2008 erläutert Frau Tempel, dass bei den Personalkosten aufgrund von Aufgabenverlagerungen aus dem Fachbereich 600 in den Fachbereich 500 Verschiebungen – dieses jedoch ohne Auswirkungen auf die gesamtstädtischen Personalkosten – eintreten werden. Die Sachkosten stellen sich gegenüber 2007 als niedriger dar, da insbesondere weniger Kostenerstattungsansprüche anderer Sozialhilfeträger erwartet werden. Im Bereich der Zuweisungen und Zuschüsse werde aufgrund eines Fallzahlenanstiegs bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von höheren Kosten ausgegangen. So sei 2007 die Zahl der Fälle von anfangs 400 auf 500 zum Jahresende und damit um 25 % angestiegen. Eine weitere Fallzahlensteigerung werde prognostiziert. Diesbezügliche Einflussmöglichkeiten seien, so Frau Tempel, nicht vorhanden. Bei den zu erwartenden sonstigen Finanzeinnahmen sei aufgrund der seit Inkrafttreten des SGB II entfallenen Refinanzierungsmöglichkeiten eine Korrektur nach unten vorgenommen worden. So habe auch das Jahr 2007 lediglich mit einer Einnahme in Höhe von rd. 1,4 Mio. abgeschlossen werden können. Insgesamt sehe das Budget des Fachbereichs 500 rd. 300.000 Euro Mehrausgaben und rd. 400.000 Euro Mindereinnahmen gegenüber dem Vorjahr vor.

Frau Tempel stellt im Weiteren neben den Zielen der ARGE deren Budget dar und führt als Grund für die Steigerung der Personalkosten die befristete Einstellung von Beschäftigten an, die in einer Steigerung der Fallzahlen begründet liege. Bezüglich der Erlöse legt sie ergänzend dar, dass der Landeszuschuss für das Jahr 2008 sich aufgrund eines dort ermittelten Verteilerschlüssels ändere.

Hinsichtlich des für das Jahr 2008 vorgesehenen Investitionsprogrammes erläutert Frau Tempel, dass Mittel für die Neuanschaffung eines Röntgengerätes im Fachdienst Gesundheit nicht vorgesehen seien. Da es jedoch gute Gründe für einen Austausch gebe, insbesondere die neuen Geräte über eine digitale Technik verfügen - was auch dem Stand der Technik entspreche -, würde sie es begrüßen, wenn die Neuanschaffung zum Gegenstand der Fraktionsberatungen gemacht würde.

Die Frage von **Frau Orth** nach der Höhe der Anschaffungskosten wird von **Frau Tempel** dahin gehend beantwortet, dass diese derzeit ermittelt und anschließend Herrn Erster Stadtrat Lutz mitgeteilt würden.

Frau L. Meyer macht deutlich, dass die Anschaffung eines neuen Röntgengerätes bereits seit längerer Zeit gefordert werde und diesbezüglich auch parteiübergreifende Einigkeit bestehe.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Auch seien entsprechende Gespräche mit Herrn Erster Stadtrat Lutz bereits geführt worden. Vor diesem Hintergrund werde die SPD-Fraktion dieses in die Haushaltsberatungen einbringen.

Herr Graf spricht die Unstimmigkeiten hinsichtlich geleisteter KdU-Zahlungen für Leistungsempfänger aus Emden sowie aus Hinte bzw. der Krummhörn an und fragt nach deren Abwicklung.

Herr Discus stellt dar, dass der Bereich Hinte / Krummhörn nunmehr eine Außenstelle der ARGE Aurich darstelle und aufgrund der damit einhergehenden eigenständigen Abwicklung Unstimmigkeiten dieser Art zukünftig nicht mehr zu erwarten seien. Aufgrund vorgenommener Korrekturbuchungen seien Fehlzuordnungen korrigiert und durch Vornahme entsprechender Umbuchungen abgewickelt worden. Zu nachträglichen Umbuchungen könne es allenfalls noch kommen, wenn Sachverhalte neu aufgerollt werden müssten.

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

TOP 6 Festsetzung des Investitionsprogramms der Stadt Emden und der Betriebe 836 Rettungsdienst sowie 806 Gebäudemanagement bis 2011
Vorlage: 15/0484

Ergebnis: Verweisung an die Fraktionen

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 7 Aufbau einer Kontakt- und Vermittlungsstelle für hilfeschuchende Menschen
Vorlage: 15/0562

Herr de Boer stellt einführend dar, dass die Kontakt- und Vermittlungsstelle aufgrund bestehender Berührungspunkte mit der Betreuungsstelle und dem Sozialpsychiatrischen Dienst ebenfalls dem Fachdienst Gesundheit zugeordnet worden sei. Er hebt heraus, dass die Stelle gut angenommen werde und nunmehr eine erste Zwischenbilanz gezogen werden könne. Des Weiteren weist er auf einen Informations-Flyer hin, der während der Sitzung verteilt wird.

Herr Bierstedt stellt die Kontakt- und Vermittlungsstelle anhand einer Power-Point-Präsentation vor, die als PDF-Datei im Internet unter www.emden.de im Rats- und Bürgerinformationssystem abrufbar ist. Ergänzend teilt er mit, dass er Mitte 2006 befristet für die Dauer von 3 Jahren mit der Qualifikation als staatlich anerkannter Sozialpädagoge für die Tätigkeit in der Kontakt- und Vermittlungsstelle eingestellt worden sei. Die Arbeit der Stelle wird von Herrn Bierstedt anhand eines Fallbeispiels unter Änderung des tatsächlichen Namens dargestellt. Das Beispiel behandle ein Ehepaar älteren Jahrganges mit niedrigem Einkommen, die u. a. für ihre 54 qm große Wohnung monatliche Heizkosten in Höhe von 170 Euro zu entrichten hatten. Der Mann sei zudem gehbehindert gewesen, was zur Frage eines möglichen Umzuges geführt habe. Herr Bierstedt macht an diesem Beispiel insbesondere die Vorgehensweise in der Beratung mit dem Erstbesuch beim Bürger, der Erarbeitung von Hilfeangeboten und einem Folgebesuch deutlich. Zu den erarbeiteten Hilfeangeboten führt er aus, dass die empfohlene Hinzuziehung eines Rechtsanwaltes zum Erfolg hinsichtlich der Heizkosten geführt habe und eine Mietrückzahlung in Höhe von 2,5 Monatsmieten erfolgt sei. Weiterhin sei ein Erweiterungsantrag hinsichtlich der Schwerbehinderung von einer bisher anerkannten Gehbehinderung („G“) zur Anerkennung einer außergewöhnlichen Gehbehinderung („aG“) gestellt worden. Zudem sei ein Antrag auf Pflege bei der Pflegekasse gestellt und ein Kontakt bezüglich Vorsorgevollmacht/Patientenverfügung hergestellt worden. Als der Mann verstorben war, habe zur Beratung hinsichtlich der Bestattungskosten eine Vermittlung zum Fachdienst Sozialhilfe stattgefunden. Seinen Vortrag abschließend macht Herr Bierstedt deutlich, dass Einrichtungen dieser Art ins-

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

besondere auch im Hinblick auf den demografischen Wandel von entscheidender Wichtigkeit seien und auch die notwendige Veränderung der Kommunen zum Dienstleister mit entsprechenden Beratungsfunktionen deutlich machen.

Die anwesenden Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen danken für die Ausführungen und sagen entsprechende Unterstützung bei diesem einhellig als wichtig befundenen Projekt zu.

Herr Graf macht auf die umfangreiche Internet-Seite der Kontakt- und Vermittlungsstelle aufmerksam.

Frau L. Meyer erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach den Personen aus der Larrelder Batterie auch im Hinblick auf den Weggang von Herrn Otto.

Herr Kromminga führt aus, dass Problemlagen derzeit nicht vorliegen würden. Die Personen, die das Haus in der Wolthuser Straße bezogen haben, werden mehrmals in der Woche von einer Mitarbeiterin seines Fachdienstes aufgesucht.

Frau Orth interessiert, inwieweit die Kontakt- und Vermittlungsstelle bei Betroffenen bereits bekannt sei.

Herr Bierstedt erläutert, dass Aktivitäten stattfinden, den Bekanntheitsgrad der Kontakt- und Vermittlungsstelle zu erhöhen. Dieses erfolge beispielsweise über die Kontaktaufnahme mit Stellen, die ihrerseits Kontakt mit einer Vielzahl von Klienten haben, so z. B. Pflegedienste. Darüber hinaus wurde das Projekt bei Kirchengemeinden und Wohlfahrtsverbänden vorgestellt. Die Delegiertenversammlung des Seniorenbeirats sei mittels Flyer informiert worden. Ein Problem sei es, Betroffenen zu erreichen, die keinen Kontakt zu beispielsweise Pflegediensten etc. hätten und deren weiteres soziales Umfeld so schlecht strukturiert sei, dass auch hierüber kein Kontakt geschehen könne.

Herr de Boer macht zudem darauf aufmerksam, dass die Tätigkeit der Kontakt- und Vermittlungsstelle in Einzelfällen auch ein ordnungsrechtliches Handeln verhindern könne, in Fällen der Verwehrlosung, und stellt heraus, dass ein Handeln mit vorliegendem Einverständnis der Betroffenen die bessere Alternative darstelle.

Herr Graf schlägt vor, ebenfalls Arztpraxen über dieses Projekt zu informieren, um über Vertrauensärzte den Betroffenen Mut zu machen, diese Stelle zu kontaktieren.

Nach Ansicht von **Herrn Schild** trägt die Stelle dazu bei, direkte und schnelle Hilfestellung zu gewährleisten und einen Abbau von Schwellenängsten zu bewirken.

Herr Götze führt aus, dass viele Menschen einer Hilfestellung dieser Art bedürfen, und verweist in diesem Zusammenhang auch auf die Wichtigkeit der im Rahmen des Workshops zur Zielfindung herausgearbeiteten Leitkennzahl eines zentralen Beratungsnetzwerkes.

Herr Discus gibt bekannt, dass dieses Projekt während der Startphase mit Bundesmitteln unterstützt werde.

Herr Ammersken macht deutlich, dass das Projekt mit einer Arbeitszeit des eingesetzten Beschäftigten von 35 Stunden wöchentlich zunächst nur für 3 Jahre angelegt sei und appelliert, zu gegebener Zeit auf die Einplanung von Mitteln für dessen Fortführung hinzuwirken.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

TOP 8 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Frau Tempel gibt eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 21.12.2007 bekannt, in der unter Verweis auf das entsprechende Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Auswirkungen auf die ARGE Emden und der Kostenaufwand ab 2010 hinterfragt werden. Frau Tempel erläutert, dass nach dem Urteil die Einrichtung von Arbeitsgemeinschaften als nicht verfassungskonform bewertet worden sei und einen Eingriff in die nach Art. 28 GG gewährte kommunale Selbstverwaltungsgarantie darstelle. Der Gesetzgeber sei hiernach aufgefordert, eine verfassungskonforme Regelung zu schaffen. Bis 2010, so Frau Tempel weiter, sei mit einer Änderung der jetzigen Organisationsform der ARGE Emden nicht zu rechnen. Da noch nicht absehbar sei, wie sich die Neustrukturierung der Aufgaben ab 2011 darstellen werde, könne der ab diesem Zeitpunkt entstehende Kostenaufwand auch noch nicht beziffert werden.

TOP 9 Anfragen

Frau Meinen erkundigt sich nach den Förderrichtlinien für die projektbezogene Altenhilfe und fragt an, wann mit der Vorlage der Richtlinien zu rechnen sei.

Herr de Boer erläutert, dass die Erarbeitung der Richtlinien mit der dazu einberufenen Arbeitsgruppe derzeit erfolge und eine Beschlussfassung durch den Rat im 1. Halbjahr 2008 vorgesehen sei.

Frau Orth nimmt Bezug auf den Antrag der CDU-Fraktion vom 10.01.2008, bei der Stadt Emden einen Familienpass zur Steuerung der freiwilligen sozialen Leistungen einzuführen und bittet darum, innerhalb der nächsten 4 Wochen, ggf. im Rahmen einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses, ein Konzept mit dem Kreis der Berechtigten sowie den möglichen Leistungen vorzulegen. Als Beispiel führt sie die Stadt Osnabrück an, die bereits einen solchen Familienpass eingeführt habe.

Nach angeregter Diskussion zwischen **Herrn Ammersken, Frau Orth, Frau Tempel, Herrn Schulz, Frau L. Meyer** sowie **Herrn Graf**, in der insbesondere die Vorlage eines Konzeptes innerhalb der genannten Frist problematisiert wird und eine Behandlung dieses Antrages in der nächsten planmäßigen Sitzung des Ausschusses am 09.04.2008 avisiert wird, verleiht **Frau Orth** der Forderung der CDU-Fraktion, hierüber in Hinblick auf die Hilfebedürftigkeit des Personenkreises kurzfristig eine Entscheidung herbeizuführen, nochmals Nachdruck.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.